Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 740.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 22. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Amtliches.

Berlin, 21. Oktober. Der König hat Allergnädigst geruht: dem Präsidenten des vormaligen Reichs-Ober-Handelsgerichts, Wirklichen Geheimen Rath Dr. Pape die Erlaubniß zur Anlegung des von dem König von Sachsen ihm verliehenen Großkreuzes des Albrechts-Ordens zu ertheilen.

Der Kaiser hat geruht: den Ober-Postdirektoren Schultze in Hannover und Vahl in Kassel den Charakter als Geheimer Postrath mit dem Range der Räthe dritter Klasse zu verleihen; sowie die Posträthe Kühl in Arnsberg und Ritzler in Berlin zu Ober-Postdirektoren zu ernennen.

Dem Ober-Postdirektor Kühl ist die Ober-Postdirektorstelle in Arnsberg und dem Ober-Postdirektor Ritzler die Ober-Postdirektorstelle in Schwerin in Mecklenb. übertragen.

Der König hat geruht: den bisherigen Gymnasial-Oberlehrer Dr. Carl Richard Schirlitz in Nordhausen zum Gymnasial-Direktor zu ernennen.

Dem Gymnasial-Direktor Dr. Carl Richard Schirlitz ist die Direktion des Gymnasiums in Neustettin übertragen worden. Dem Maler Emil Hünten zu Düsseldorf ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

Das gestrige Ausbleiben unserer täglichen berliner Korrespondenz ist nicht einem Versehen der Postbeförderung zuzuschreiben. Die Absendung der Korrespondenz ist ausnahmsweise unterblieben.

Politische Uebersicht.

Posen, 22. Oktober.

Offiziöser Mittheilung zufolge wird der Kaiser persönlich die Eröffnung des Landtages vornehmen. Am Tage darauf beabsichtigt derselbe alsdann mit kleinem Gefolge sich nach Ludwigslust zu begeben, um einer Einladung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin entsprechend an den am 30. und 31. Oktober daselbst in der Jasnitzer Forst stattfindenden Hofjagden Theil zu nehmen.

Die Vereinigung der alt- und neukonservativen Fraktion im Abgeordnetenhause scheint bei Beginn der Session ernstlich versucht werden zu sollen. „Kreuz-Zeitung" und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" enthalten eine gleichlautende Aufforderung an diejenigen Abgeordneten, welche sich zu einer großen konservativen Fraktion vereinigen wollen, am Vorabend der Landtagseröffnung zu einer Besprechung zusammenzutreten. Hervorragende Mitglieder beider Fraktionen haben die Aufforderung unterzeichnet, und man wird es wohl auch als wahrscheinlich betrachten können, daß die Vereinigung zu Stande kommt, wie es ja auch im Reichstag neben der deutschen Reichspartei nur noch eine konservative Fraktion giebt. Auf die Freikonservativen scheinen die Vereinigungsversuche nicht ausgedehnt werden zu sollen. Aber auch so würde ohne Zweifel die vereinigte konservative Fraktion mit über hundert Mitgliedern die stärkste im Abgeordnetenhause werden. Die neue konservative Fraktion sonderte sich damals ab, als es über die kirchenpolitische und andere Fragen zum Konflikt zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern der äußersten Rechten kam, und betheiligte sich dann auf Seiten der Regierung lebhaft am Kulturkampf. In ihrer letzten Nummer noch hat die Wochenkorrespondenz der Freikonservativen, denen diese Vereinigung offenbar sehr ungelegen ist, auf diese Thatsache hingewiesen. Die Altkonservativen geben ihre kirchenpolitischen Anschauungen, die sie in schweren Zeiten verfochten haben, so wenig preis wie das Zentrum. Also werden bei dieser Allianz wohl die Neukonservativen das Opfer des Intellekts bringen. Kommt die Vereinigung der Hochkonservativen und der mehr Gouvernemental-Konservativen, von der auch der „Reichsbote" meint, sie könne bereits als vollzogene Thatsache angesehen werden, wirklich zu Stande, so ist darin unverkennbar ein Sieg derjenigen Richtung im konservativen Lager enthalten, welche die kirchlich-politische Reaktion mit Hilfe der Ultramontanen so weit als möglich auf die Spitze zu treiben strebt. Die entgegenkommendere Sprache, deren die „Provinzial-Correspondenz" neuerdings gegen die Nationalliberalen sich bedient hat, würde damit in einem seltsamen Widerspruch stehen. Die Bildung der „großen konservativen Partei" scheint uns die Möglichkeit einer aus den Mittelparteien bestehenden regierungsfreundlichen Majorität, zu der man in jüngster Zeit die Keime hat entdecken wollen, auszuschließen. Im Ganzen liegt für die Liberalen eine wiederholte Mahnung, sich im Abgeordnetenhause namentlich über die Ziele des Kultusministers baldigst Aufklärung zu verschaffen.

Zu dem Entschlusse des Herrn v. Bennigsen, ein Abgeordnetenmandat doch noch anzunehmen, berichtet die „Weser-Ztg.":

„Wie ich aus guter Quelle erfahre, ist es Fürst Bismarck selber, der auf Herrn v. Bennigsen in der Richtung auf Annahme seines Landtagsmandats eingewirkt hat. Ebenso ist er es, der den Plan, Bennigsen zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu machen, befürwortet, und der auch die besten Garantien dafür bieten kann, daß die Konservativen sich zur Ausführung bereit finden lassen. Mißvergnügt genug sind sie darüber, hauptsächlich die Altkonservativen, wie die „Kreuz-Ztg." deutlich genug merken läßt. Auch, daß die Verhandlungen seitens des Fürsten Bismarck so über ihre Köpfe hinweg geführt werden, erregt ihren höchsten Verdruß."

Alles das vermag Nichts an der Thatsache zu ändern, daß Herrn v. Bennigsen im Abgeordnetenhause jetzt doch andere Aufgaben erwarten dürften, als die nur mit Neutralisirung seiner Kraft zu erkaufende äußere Leitung der Verhandlungen.

Die Stellung des Centrums zu den erwarteten Eisenbahnvorlagen ist schon oft Gegenstand von allerlei Vermuthungen gewesen; jedenfalls verstehen es die ultramontanen Führer vortrefflich, aus ihrer Meinung ein Geheimniß zu machen, um sich für den entscheidenden Augenblick freie Hand zu wahren. So ist Windthorst (Meppen) direkt befragt worden, wie er und seine Partei zu der wichtigen Frage sich stellen würden. Aber wie vorauszusehen, hat nach einem dem „B. Tgbl." zugegangenen Privattelegramm die kleine Excellenz mit gewohnter Schlauheit die Antwort dahin ertheilt, die Abstimmung des Centrums in der Eisenbahnangelegenheit werde zunächst von dem Inhalt der betreffenden Regierungsvorlagen, sodann aber von der Fraktionsberathung abhängig sein. Nun wissen's die Wähler des pfiffigen Herrn oder vielmehr: nun sind sie so klug wie vorher. Von dem, was in der Fraktionsberathung das allein entscheidende Moment sein wird, von dem Umstande, ob die Regierung unseren Dunkelmännern Konzessionen auf kirchlichem Gebiete gewähren wird, hiervon sagt Herr Windthorst kein Sterbenswörtchen. Aber er wird wohl wissen, warum.

Der in der Sonnabendsitzung der Generalsynode verhandelte Antrag des Grafen v. Rothkirch-Trach in Betreff des Bekenntnißstandes war nichts anderes als ein sehr schlecht verhüllter Angriff auf die Union, ein versuchtes Attentat auf die Einheit der evangelischen Landeskirche in den neun älteren Provinzen der Monarchie. Zum Verständniß desselben muß man sich erinnern, daß das Organ der streng lutherischen Partei noch unmittelbar vor der Eröffnung der Generalsynode es laut verkündet hatte: „jetzt oder nie sei der Augenblick gekommen, die Rechtstellung der lutherischen Kirche in Preußen zur Anerkennung zu bringen," und in ähnlichem Sinne hatte sich die Augustkonferenz ausgesprochen. Der Kern des von dem Führer der konfessionellen Partei, Herrn Tauscher, dort gehaltenen Vortrages über „die lutherische Kirche als Salz und Licht für die Zukunft des deutschen Volkes" war der, daß das Lutherthum die Geistesmacht sei, welche hoffen dürfe, auf den Trümmern der modernen Theologie wie der evangelischen Union die christliche Zukunft des deutschen Volkes zu bergen, und in dem oben erwähnten Artikel seiner Kirchenzeitung machte er es den konfessionellen Gesinnungsgenossen zur Gewissenspflicht, sich auf der Generalsynode für Vertreter der lutherischen Kirche zu erklären.

Die in der heutigen Morgenausgabe auch von uns wiedergegebenen Aeußerungen der „Nat.-Ztg." über die Wahrscheinlichkeit eines vollzogenen Ausgleichs mit Rom veranlassen nun hinwiederum die „Germania" zu folgender Kundgebung:

„Trotz der von der „Nat.-Ztg." bezeichneten Thatsachen", schreibt sie, „ist unsere Hoffnung auf den nahen Friedensabschluß nicht so groß, wie die Befürchtungen, mit welchen die „Nat.-Ztg." demselben entgegensieht. Die bisher noch nicht erfolgte Ernennung von Mitgliedern des Gerichtshofes ist belanglos, und welche Bedeutung die Verfügung in Sachen der Ordens-Genossenschaften habe, läßt sich aus der Meldung des „Hannöv. Courier" noch nicht ersehen. Für die Erleichterung der Existenz der klösterlichen Genossenschaften werden wir übrigens dem Herrn Minister jederzeit sehr dankbar sein. Vielleicht haben die letzten Vorfälle in Westpreußen den Herrn Minister veranlaßt, Weisungen ergehen zu lassen, welche die barmherzigen Schwestern vor Mißhandlungen schützen. Es ist bezeichnend für die „liberale" Presse, daß sie jede Maßregel, welche diese Schwestern schützt und vielleicht die ungerechtfertigte und beleidigende polizeiliche Controle erleichtert, mit Mißbehagen aufnimmt. Das nationalliberale Blatt jammert über die Gefahr des Verlustes der „Früchte eines siebenjährigen Kampfes"; man könnte Herrn v. Puttkamer beglückwünschen, wenn er den Staat von diesen Früchten mit thunlichster Eile befreite. Im Uebrigen dienen die aufgezählten, überschätzten Thatsachen dem Blatte nur als Folie zu einem Angriff auf den Kultusminister v. Puttkamer, der durch sein Vorgehen in Sachen der Simultanschulen den Zorn der „liberalen" Presse erregt hat."

Der elbinger Magistrat hat unterm 20. folgende Bekanntmachung erlassen:

„Da der Kirchenvorstand der St. Nikolai-Kirche erklärt hat, das der Kirche gehörige Schulgebäude in der Fischerstraße zu Schulzwecken ferner nicht hergeben zu wollen, so müssen bis zur Beschaffung anderweiter Schulräume die Ferien der katholischen Knabenschule mit Ausnahme der in dem Hause der vierten Knabenschule befindlichen dritten Klasse auf unbestimmte Zeit weiter verlängert werden, was den betheiligten Eltern der schulpflichtigen Kinder hierdurch mitgetheilt wird."

Ueber die Schulverhältnisse in Radevormwald theilt die „N. A. Z." offiziös mit, daß daselbst bisher eine dreiklassige evangelisch-lutherische, eine zweiklassige evangelisch-reformirte, eine einklassige altlutherische, eine einklassige katholische Volksschule und eine allen diesen gemeinsame Unterklasse bestanden. Bereits am 3. April 1876 hatte die königliche Regierung zu Düsseldorf einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, diese Schulen zu einem paritätischen System zu vereinigen, genehmigt; die Betheiligten haben sich aber erst im April d. J. über die Einrichtung der neu zu bildenden Schule vereinigt und am 9. Mai d. J. die Genehmigung der Regierung für Errichtung einer achtklassigen Schule erlangt. Ehe deren Organisation vollendet war — man hatte allerdings am 18. Juli d. J. die Kinder auf acht Klassen vertheilt, aber der neuen Einrichtung fehlten noch Lehrplan, einheitliche Lehrbücher, selbst ausreichende Lehrkräfte — beschloß die Stadtverordneten-Versammlung am 21. August d. J. mit 10 gegen 7 Stimmen, unter Aufhebung ihrer früheren Beschlüsse, den Fortbestand der bisherigen vier Konfessionsschulen. Diesem Beschlusse der Betheiligten hat der Kultusminister insoweit seine Zustimmung ertheilt, als er den Fortbestand der altlutherischen und der katholischen Volksschule genehmigte; im Uebrigen verblieb es jedoch bei der Vereinigung der bisher getrennten evangelisch-reformirten und evangelisch-lutherischen Volksschulen nach der Verfügung vom 23. September. Der Fortbestand der bisherigen gemeinsamen Unterklasse ist aber von dem Ergebnisse einer Prüfung an Ort und Stelle abhängig gemacht.

Man schreibt aus Berlin verschiedenen Zeitungen: „Immer mehr stellt es sich heraus, daß es bei den demnächst beginnenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich sich wohl kaum um den Abschluß eines Zolltarifvertrages, geschweige denn eines Zollbundes handelt. Man theilt einen Ausspruch des Reichskanzlers Fürsten Bismarck mit, wonach keine einzige Position des autonomen deutschen Zolltarifs eine Aenderung erfahren soll. Speziell soll der Reichskanzler in Wien keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß unter keinen Umständen an eine Kompensation der im deutschen Zolltarif auf landwirthschaftliche Produkte gelegten Zölle bei den Verhandlungen gedacht werden könne. Es ist in der Presse mehrfach davon die Rede gewesen, daß in Folge der hohen Getreidepreise die Frage ventilirt worden, ob nicht eine Hinausschiebung des Termins für das Inkrafttreten der Getreidezölle geboten erschiene. In Bundesrathskreisen ist davon nichts bekannt und im Schatzamte wird an den für die Einführung der Getreidezölle nothwendig werdenden Ausführungsbestimmungen eifrigst gearbeitet. Im Uebrigen würde zu einer Hinausschiebung des Einführungstermins der Getreidezölle die Einberufung des Reichstags und dessen Zustimmung erforderlich sein."

Die wiener „Presse" schreibt: „Das Rundschreiben des Ministers des Aeußern, Baron Haymerle, tritt zugleich mit der Rede des Lord Salisbury und mit der aufsehenerregenden Nachricht in die Oeffentlichkeit, daß der Ausschuß des deutschen Bundesrathes für auswärtige Angelegenheiten zu einer Sitzung berufen worden ist und daß demselben alle diplomatischen Aktenstücke über die Anwesenheit des Fürsten Bismarck in Wien und über die hierselbst getroffenen politischen Vereinbarungen vorgelegt worden sind. Dieses Zusammentreffen wird voraussichtlich neuen Anlaß zu sehr weitgehenden Kombinationen über den Inhalt und die Tragweite des von Bismarck bei seiner Anwesenheit in Wien angeblich geschlossenen „Bündnisses zwischen Oesterreich und Deutschland" geben und es erscheint deshalb angezeigt, vor Allem von der Erklärung Notiz zu nehmen, die wir heute im „Pester Lloyd" finden und in der mit aller Bestimmtheit versichert wird, „daß von einer gegenseitigen Garantirung der Integrität der Gebiete zwischen Andrassy und Bismarck auch nicht einmal gesprächsweise die Rede gewesen, da weder Oesterreich-Ungarn zugemuthet werden konnte, alle etwaigen Folgen eines Streites zwischen Frankreich und Deutschland auf sich zu nehmen, und andererseits Deutschland auch nicht Ursache haben mag, seinerseits im Voraus für Oesterreich-Ungarn in allen Fällen, die im Laufe der Begebenheiten eintreten können, einzustehen."

Die öffentlichen Reichskassen sind veranlaßt worden, am 31. d. M. festzustellen, welche Beträge an Reichs-Goldmünzen und Einthalerstücken, nach beiden Sorten getrennt, unter ihren Geldbeständen an dem bezeichneten Tage bei dem Schlusse der Amtsstunden vorhanden gewesen sind. Danach scheint es, daß man betreffs der Thalerstücke eine Feststellung in Bezug auf deren Umlauf erlangen will. Von dem Rechte, dieselben lediglich als Ausgleichsmünze zu behandeln, ist bisher, wie bekannt, noch kein Gebrauch durch den Bundesrath gemacht worden. Nach dem amtlichen Münzberichte waren am 11. d. M. für 1715,794,615 Mark Reichsgoldmünzen ausgeprägt.

Fast ein halbes Jahr ist vergangen, seitdem die Mitglieder der wissenschaftlichen Kommission, welche zur Erforschung der Ursachen der Pestkrankheit in Rußland nach den infizirten Gegenden entsendet waren, nach Deutschland zurückgekehrt sind. Nichtsdestoweniger ist es von der Thätigkeit der Kommission, von den Resultaten, welche erzielt worden sind, noch ganz still. Man wird sich erinnern, daß der Leiter der deutschen Forschung, der hiesige Professor Hirsch, nach seiner Rückkehr einen Landaufenthalt genommen hat, um dort den Bericht abzufassen. So viel wir wissen, ist derselbe nach einigen Monaten bereits vollendet worden. Man ist gespannt, den Bericht endlich

veröffentlicht zu sehen, und geneigt, die Verzögerung seines Erscheinens auf Rücksichten für die russische Regierung zurückzuführen.

Nach der Verordnung des Justizministers und des Finanzministers vom 24. September d. J. soll die Erhebung, Beitreibung und Verrechnung der aus dem Geschäftsbetriebe der Justizbehörden entstehenden Einnahmen an Kosten und Geldstrafen durch die Organe der Verwaltung der indirekten Steuern wahrgenommen werden. In Folge dessen haben nunmehr sämmtliche Provinzial-Steuer-Direktionen über die für die einzelnen Gerichte ihres Bezirks festgesetzten Gerichtskosten-Hebestellen ein Verzeichniß aufstellen lassen, welches im Interesse des zahlungsflichtigen Publikums veröffentlicht worden ist. Letzteres hat aber daneben zu beachten, daß die Gerichtsschreiber bei den Gerichten erster Instanz verpflichtet sind, von den Zahlungspflichtigen Kostenvorschüsse bezw. Kosten anzunehmen, wenn von der Erledigung des Vorschusses die Fortsetzung eines Rechtsstreites, die Vornahme einer gerichtlichen Handlung, oder die Haft des Schuldners abhängt, oder wenn von der Erlegung der Kosten die Ausreichung einer Schrift abhängig gemacht worden ist. Andererseits haben die Gerichtsschreiber der Gerichte erster Instanz die Berechtigung, Kosten zu erheben, wenn dieselben durch die Post eingehen — oder durch eine mündliche Aufforderung von der Partei unmittelbar zu erlangen sind. Dagegen dürfen die Gerichtsschreiber Kostenvorschüsse und Kosten, welche den Steuerhebestellen zur Hebung bereits überwiesen sind, nicht annehmen.

Der Pariser „Gaulois" veröffentlicht die ihm aus Schottland zugegangene sensationelle Mittheilung, daß die Kaiserin Eugenie soeben beschlossen habe, eine Pilgerfahrt nach dem Zululande zu unternehmen. Das bonapartistische Organ, dessen Meldungen über Vorgänge im imperialistischen Lager meist Bestätigung finden, schreibt unter Anderem: „Die Kaiserin hat ihrer Umgebung angekündigt, daß sie Schottland im nächsten Februar verlassen würde, um eine Reise in das Zululand zu unternehmen, und daß sie auf dem Fleck ferner Erde knien und beten wolle, welche mit dem Blute ihres unglücklichen Sohnes getränkt worden ist. Der Entschluß der Kaiserin ist unwiderruflich: die achtungsvollen Einwendungen, denen sie in ihrer Umgebung begegnete, mußten gegenüber dem formellen Willen der erhabenen Verbannten weichen."

Das stagnirenden Tempo der griechisch-türkischen Grenzregulirungs-Angelegenheit wird allseitig unangenehm verspürt. Die Uebergabe des Ressorts der auswärtigen Politik des ottomanischen Reichs an Savas Pascha macht die Sachlage eher schlimmer als besser, da Savas, ursprünglich von griechischer Nationalität, zum Islam übertrat, und wenigstens nach den Behauptungen der französischen Presse, für einen geschworenen Widersacher der hellenischen Aspirationen gilt. Soweit daher die griechische Frage in Betracht kommt, müßten ihre Chancen in Folge des letzten konstantinopeler Ministerwechsels erheblich verringert sein. Ein vom 19. datirtes athener Telegramm der „Dtsch. Ztg." meldet, daß in Folge der fortwährenden türkischen Truppensendungen nach Thessalien und Epirus die zwei griechischen Lager an der türkischen Grenze auch über den Winter bestehen bleiben würden. Allmälig werden genauere Einzelheiten über die am 5. d. M. in Griechenland vorgenommenen parlamentarischen Neuwahlen bekannt. Die ersten telegraphischen Meldungen lauteten widersprechend, indem nach der einen Version die Anhänger des Ministeriums, nach der andern die Anhänger der Opposition den Sieg davongetragen haben sollten. Der Widerspruch findet seinen Grund darin, daß eine große Anzahl von Mandaten, beinahe die Hälfte, auf homines novi entfallen sind, von deren politischen Ansichten und Partei-Inklinationen natürlich nichts Zuverlässiges bekannt sein konnte. Das Ministerium rechnet auf eine Majorität von etwa zehn Stimmen; die Opposition beharrt dabei, daß ihr selbst der Sieg zugefallen sei. Auf jeden Fall liegt die Entscheidung bei dem zum ersten Mal in die Kammer eintretenden Elementen, und sie haben es, wie der „Messager d'Athènes" ausführt in der Hand, alsbald nach vollzogener Prüfung der Vollmachten einen Wechsel im Ministerium hervorzurufen.

In der Arab-Tabia-Frage sieht das wiener „Frdrbl." eine der rumänischen Sache günstige Lösung voraus, da Rußland nach Mittheilungen der „Daily-News" nunmehr auf die von Oesterreich-Ungarn formulirten und von den übrigen Mächten gebilligten Vorschläge einzugehen sich bereit erklärt haben soll. Wie die „Montags-Revue" mittheilt, soll die Arab-Tabia-Kommission am 27. d. M. in Konstantinopel zusammentreten.

Montenegro, das, ähnlich wie Griechenland, noch nicht in den Vollbesitz der ihm durch den Berliner Vertrag zugesagten Gebietserweiterungen gelangt ist, will sich nicht lange mehr beschwichtigen lassen. Der montenegrinische Minister des Auswärtigen, Herr Radonic, soll, wie die „Pol. Korr." hört, eine Art Ultimatum an die Pforte gerichtet haben, in welchem er mit gewaltsamer Okkupation der von Montenegro ambirten Ortschaften droht. Einen ernsteren Hintergrund verleiht der türkisch-montenegrinischen Streitfrage die Haltung der albanesischen Grenzstämme, welche letzteren dem Konsularcorps in Skutari noch ganz kürzlich vermittelst Memorandums erklärten, sie würden jedwedem Einverleibungsversuche der Montenegriner bewaffneten Widerstand entgegensetzen.

Aus Spanien laufen weitere Hiobsposten ein. Die Ueberschwemmung in Murcia und Almeria hat erheblich größeren Schaden angerichtet, als die ersten telegraphischen Meldungen befürchten ließen. Mehr als tausend Menschenleben dürften zu beklagen sein, und die Eigenthumsverluste sollen viele Millionen betragen. Das Unterstützungswerk wird in großartigstem Maßstabe organisirt, und man bedarf wahrlich nicht der Zuhilfenahme politischer Motive, um die Reise den Königs nach den so schwer geprüften Gegenden vollauf erklärlich zu finden.

Ueber das Schicksal des Programms der kubanischen Reformen weiß man noch immer nichts Bestimmtes. Dem Vernehmen nach beabsichtigt indessen das Ministerium, erheblich weiter zu gehen als die Reformkommission. Martinez Campos soll die sofortige Aufhebung der Sklaverei in Kuba befürworten.

Aus Kairo erfährt man, daß die Entsendung des egyptischen Bevollmächtigten, Gordon Pascha, zum Könige von Abyssinien von bestem Erfolge gekrönt worden ist. Zwischen beiden Ländern ist nachstehendes Abkommen getroffen: Der König von Abyssinien entsagt seinen Ansprüchen auf Massowah, doch wird ihm gestattet, südlich dieses Platzes einen Kommunikationspunkt mit dem Meere auszuwählen.

Briefe und Zeitungsberichte.

☾· **Berlin**, 21. Oktober. [Der Tod des Staatssekretärs v. Bülow.] Noch vor der Meldung aus Frankfurt a. M., daß der Staatssekretär v. Bülow dort seine Reise nach dem Süden habe unterbrechen müssen, schon seit etwa 8 Tagen wußte man, daß sein Zustand hoffnungslos war. Trotzdem hat die Todesnachricht in dem, allerdings ziemlich engen Kreise, in welchem der Verstorbene näher bekannt und voll gewürdigt war, einen tiefen Eindruck hervorgebracht. Noch am Schluß der letzten Reichstagssession hätte Niemand, der den großen, starken Mann mit vollem blühenden Gesicht unter weißen Haaren sah, geahnt, wie rasch diese scheinbar von Gesundheit strotzende Gestalt zusammenbrechen sollte. Herr v. Bülow hatte, wie schon erwähnt, im Grunde, abgesehen von der Diplomatie, nur einen ziemlich engen Kreis, wie dies in der Natur seiner Stellung lag; aber in diesem hatte er auch im Leben nur Freunde, so daß das günstige Urtheil, welches jetzt von allen Seiten in Gestalt von Nekrologen über ihn gefällt wird, keineswegs, wie es zuweilen geschieht, nur auf den Spruch zurückzuführen ist, daß man von den Todten nur Gutes sprechen solle. Die Aufgabe, die der Staatssekretär im auswärtigen Amte zu lösen hatte, war vielleicht die schwierigste von allen denen, welche in den dem Reichskanzler unmittelbar untergeordneten höchsten Aemtern des Reichs- und Staatsdienstes gestellt werden; denn in die Geschäfte der meisten von diesen greift Fürst Bismarck nur gewissermaßen ruckweise ein, so daß die Gefahr von „Krisen" nur zuweilen, nach längeren Zeiträumen eintritt; der Staatssekretär im Auswärtigen Amt dagegen hat in der eigentlichen Domäne des Fürsten Bismarck mit diesem zusammenzuwirken, er muß bei der häufigen und oft langen Abwesenheit des Kanzlers aber auch auf diesem Gebiet die laufenden Geschäfte mit großer Selbstständigkeit führen, während hier eben wegen des beständigen Eingreifens des Fürsten Bismarck die Gefahr von Zerwürfnissen täglich und stündlich vorhanden ist. Wenn solche im Verkehr zwischen dem Kanzler und Herrn von Bülow, so viel man weiß, kaum jemals eingetreten sind, so ist dies wesentlich darauf zurückzuführen, daß der Verstorbene als ein vollendeter Gentleman auch dem Fürsten Bismarck diejenige Achtung abnöthigte, ohne deren Bethätigung seitens des Kanzlers eine Persönlichkeit wie Herr v. Bülow nicht Jahre hindurch mit ihm zusammen gewirkt hätte; denn er war weder ohne Meinung, noch ohne eigenen Willen. Die Geradheit seines Charakters hatte er mehrmals auch im Reichstag zu beweisen Gelegenheit; so im Beginn der letzten Session bei den Erörterungen über den Handelsvertrag mit Oesterreich, wo Herr v. Bülow auf einen oppositionellen Einwand, während mancher Andere denselben durch Rabulistik zu entkräften versucht hätte, die Berechtigung sofort zugab, obgleich dadurch gewissermaßen ein Argument gegen den Reichskanzler geliefert wurde; nicht minder bei Gelegenheit des, in Folge der wahrheitsgemäßen Haltung des Staatssekretärs sogar abgelehnten Handelsvertrages mit Rumänien. — Natürlicher Weise knüpfen sich an die Todesnachricht sofort die Konjekturen betreffs des Nachfolgers. Bei der oben schon hervorgehobenen Schwierigkeit der Stellung, um welche es sich handelt, wird die Konkurrenz um dieselbe schwerlich sehr groß sein; sich dabei zu betheiligen, wird jedenfalls ein bedeutendes Maß von Ehrgeiz erforderlich sein. Wenn in einzelnen Blättern Herr v. Keudell, der Gesandte in Rom, als voraussichtlicher Nachfolger v. Bülow's genannt wird, so dünkt uns das sehr unwahrscheinlich. Herr v. Keudell ist allerdings bekanntlich eine Zeit lang einer der begünstigten Vertrauten des Reichskanzlers gewesen, aber diese Zeit ist lange vorüber. Ebensowenig wahrscheinlich ist, daß der „Vizekanzler" Graf Otto Stolberg, welcher zunächst vertretungsweise das Staatssekretariat übernommen hatte, sich zur definitiven Uebernahme desselben verstehen oder auch nur dazu ausersehen werden sollte. Dieser Posten ist recht eigentlich einer, welcher beständige und angestrengte Arbeit erfordert, wie denn auch der „Reichsanzeiger" heute Abend konstatirt, daß Herr von Bülow seine Gesundheit durch Hingebung an den Dienst untergraben habe; Graf Otto Stolberg aber ist ein wesentlich repräsentativer Staatsmann. Auch die Stellvertretung, welche er für einige Zeit im Staatssekretariat übernommen hatte, war wohl mehr formeller Art, wesentlich dazu bestimmt, Eifersüchteleien unter denjenigen Persönlichkeiten, welche thatsächlich die Arbeit leisten, zu verhüten. Wahrscheinlicher ist die Kandidatur des Herrn v. Radowitz, der bekanntlich Gesandter in Athen ist, jedoch alljährlich eine Zeit lang im auswärtigen Amt arbeitet; ihm könnten aber Rücksichten der Anciennetät entgegentreten, welche sich auch früher schon geltend gemacht haben sollen. Vielleicht würde Herr Lothar Bucher dem Reichskanzler am meisten als Nachfolger Bülow's erwünscht sein; aber wenn auch die Reminiszenzen des Jahres 1848 wohl völlig verwischt sind, so wird Herrn Bucher doch der Mangel eines aristokratischen Namens entgegenstehen. Ohne einen solchen kann man zwar die stille Arbeit im Bureau leisten, aber in der Diplomatie gilt er bei uns doch noch immer als nothwendiges Requisit für jede Stellung, mit welcher äußeres Hervortreten dauernd verbunden ist.

Breslau. [Von der Universität.] Vom 1. Oktober d. J. ab treten infolge der durch das deutsche Gerichts-Verfassungs-Gesetz vom 27. Januar 1877 erfolgten Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit besondere „Vorschriften für die Studirenden der Landesuniversitäten, der Akademie zu Münster und des Lyceum Hosianum zu Braunsberg" in Kraft. Der Rektor der hiesigen Universität, Professor Dr. Weinhold, macht nun durch Anschlag am „schwarzen Brett" die Studirenden zunächst vorzugsweise auf folgende Bestimmungen der „Vorschriften" aufmerksam: 1) Die Meldung zur Aufnahme auf die Universität soll innerhalb der ersten drei Wochen nach dem 15. Oktober erfolgen. Spätere Meldungen dürfen nur, wenn die Verzögerung durch besonders nachzuweisende Gründe gerechtfertigt wird, ausnahmsweise mit Genehmigung des Universitäts-Kuratoriums zugelassen werden (§ 6 der Vorschriften). 2) Die Annahme der Vorlesungen soll innerhalb der ersten vier Wochen nach dem 15. Oktober erfolgen. Für spätere Annahme ist die nur auf nachgewiesene ausreichende Entschuldigungsgründe zu ertheilende Erlaubniß des Rektors erforderlich. Diese Erlaubniß ist in das Anmeldebuch einzutragen (§ 12). 3) Wer diese Vorschrift nicht befolgt, den treffen die im § 13 aufgeführten Nachtheile, weshalb sich namentlich diejenigen Studirenden, welche die Stundung der Kollegienhonorare nachzusuchen genöthigt sind, beeilen mögen, sobald als möglich ihre Gesuche an die resp. Fakultäten einzureichen. Endlich 4) veranlaßt der Rektor die Studirenden, sich genaue Kenntniß sämmtlicher Bestimmungen der „Vorschriften" anzueignen, um sich vor den durch dieselben angedrohten Nachtheile zu schützen. Diese „Vorschriften" werden an die immatrikulirten Studirenden in den Tagen vom 16.—23. Oktober ausgegeben. Die neu ankommenden Studirenden erhalten dieselben bei ihrer Immatrikulation. — Sämmtliche an hiesiger Universität bestehenden Verbindungen und Vereine werden vom Rektor veranlaßt, innerhalb der ersten vier Wochen nach dem 15. Oktober eine Liste ihre Mitglieder dem Rektor der Universität einzureichen und Zeit und Ort ihrer regelmäßigen Versammlungen anzuzeigen. Von Aenderungen der Statuten, von dem Wechsel der Vorstände und der Versammlungsorte oder von der Auflösung eines Vereins ist binnen drei Tagen Anzeige zu machen.

Straßburg, 18. Oktober. Der neue Statthalter macht viel von sich reden, insbesondere sein Bestreben, sich schnelle und persönliche Popularität zu erringen. In Metz hatte er am Donnerstag außer den Spitzen der Behörden auch die Gemeinderäthe, die Bezirksräthe und, was unter der bisherigen deutsche Regierung unerhört war, auch die Vertreter der Presse geladen. Vom Gemeinderath und vom Bezirkstag war jedoch nur je ein Mitglied erschienen, was den Statthalter zu folgender Tischrede veranlaßte: Er habe vornähmlich die Absicht gehabt, sich inmitten der Gemeindevertretung von Metz zu befinden. Außer seinem Nachbar sei indeß vom Gemeinderathe Niemand erschienen. Dieser Mangel an Entgegenkommen werde ihn jedoch nicht irre machen an den freundlichen Gesinnungen, die er für die Stadt Metz und ihre Bewohner hege; dieselben möchten sich vielmehr erst recht seines ganzen Wohlwollens versichert halten. Nach der Tafel ließ sich der Statthalter auch die Vertreter der Presse vorstellen, von welchen drei erschienen waren: die Redakteure der amtlichen „Lothring. Ztg.", der amtlichen „Gazette de la Lorraine" und der subventionirten „Metz. Ztg.". Er begrüßte diese Herren als die Vertreter der siebenten Großmacht. Der Statthalter erklärte, er sei von jeher ein Freund der freien Bewegung der Presse gewesen, er werde ihr auch in Elsaß-Lothringen freien Spielraum lassen und nicht empfindlich sein, wenn sich ihre Tendenz gelegentlich auch gegen die Regierung, ja gegen ihn selbst kehre; nur dann würde er unnachsichtlich ihr entgegentreten, wenn sie Boden und Fühlung jenseits der Grenze, im Auslande, suche. Von anderer Seite wird mitgetheilt, daß der Statthalter auf diesbezügliches Befragen erwidert habe, er für seine Person sei geneigt, der Presse freiere Bewegung als bisher zu gewähren, doch müsse er zuvor sein Ministerium darüber hören. Man ist auf die endgiltigen Entschließungen gespannt. (Voss. Ztg.)

Locales und Provinzielles.

Posen, 22. Oktober.

× [Kardinal Ledóchowski], dessen „Odyssee" noch immer nicht mit der sehnlichst von ihm gewünschten Heimkehr enden will, hat, wie sein hiesiger Moniteur, der „Kur. Pozn.", mittheilt, an den Vorsitzenden des polnischen Wahlkomite's für die Stadt Posen, Herrn Kusztelan, ein Schreiben gerichtet, worin er für das Ergebenheitstelegramm, welches ihm von der polnischen Wählerversammlung im Bazarsaale übersandt worden war, seinen Dank ausspricht. Die Eminenz, die auch im fernen Rom Zeit findet, sich mit den preußischen Wahlangelegenheiten zu beschäftigen, äußert nebst dem Danke zugleich auch ihr Wohlgefallen über die Resolutionen, welche die betr. Wahlversammlung gefaßt hat. Gleichzeitig hat der Kardinal die Gelegenheit wahrgenommen, für die Getreuen einige Winke über die gegenwärtige Lage fallen zu lassen. Der „Kur." bringt nämlich in derselben Nummer, an hervorragender Stelle und mit auffälliger Schrift einige „aus bester Quelle stammende" und aus Rom datirte politische Bemerkungen, welche offenbar von dem Kardinal Ledóchowski selbst herrühren. Es geht aus diesen Aeußerungen hervor, daß man in Rom auf die Stärkung des Zentrums und der Konservativen in Folge der letzten Wahlen, große Hoffnungen setzt. Der Verfasser des Briefes äußert sich wie folgt: „Von den Abgeordneten wird zum großen Theile, wenn nicht überhaupt, jede für uns förderliche Aenderung in den Verhältnissen des Staates zur Kirche abhängen. Fürst Bismarck zeigt nach Außen hin eine günstigere Gesinnung, denn wenn er nicht eine Beilegung der kirchlichen Frage wünschte, würde er die Annäherung an den Kardinal Jacobini nicht suchen. Wenn daher diese Gesinnung des Kanzlers dem energischen Verlangen der Kammermajorität um Wiederherstellung des kirchlichen Friedens begegnen wird, so wird man die Hoffnung auf eine bessere Zukunft haben dürfen. Doch ehe wir nicht etwas Sicheres erfahren, dürfen wir uns

keinem übermäßigen Vertrauen hingeben, und daher wiederhole ich auch, daß uns Vorsicht und Geduld nöthig ist, damit wir uns keinen vergeblichen Erwartungen hingeben, noch auch im Geiste hinfällig werden, wenn Gott der Herr unsere Heimsuchung verlängern will."

r. [Generalmajor von Massenbach] ist gestern Abend von seiner Urlaubsreise hierher zurückgekehrt.

— **Aufhebung der polnischen Bank.** Wie die petersburger „Nowoje Wremja" (Neue Zeit) mit Bestimmtheit wissen will, soll das schon längst gehegte Projekt einer Reform der Polnischen Bank in Warschau nunmehr in nächster Zeit in der Weise zur Ausführung gebracht werden, daß die Bank ihre bisherige Selbstständigkeit und mit derselben den Beinamen „Polnisch" verliert und in eine Filiale der russischen Reichsbank umgewandelt wird. Mit der Aufhebung der Polnischen Bank verschwindet der letzte Rest der früheren politischen Sonderstellung des Königreichs Polen.

— **Vortrag des Stadtraths Zelle aus Berlin,** Kandidaten der posener Fortschrittspartei. Der Redner sprach der Versammlung seinen Dank für das Vertrauen aus, welches ihm durch Uebertragung der Kandidatur eines Abgeordneten dieser großen intelligenten Stadt erwiesen werde; er schätze diese Ehre um so höher, als Posen die einzige größere Stadt sei, in welcher durch die Wahl des Professors Hänel die Fortschrittspartei einen neuen Sitz im Abgeordnetenhause errungen habe, während in anderen größeren Städten meistens nur der bisherige Besitzstand aufrecht erhalten sei. Er sei sich wohl bewußt, daß er weder an Gabe der Rede, noch an Gedanken-Reichthum an den zuerst gewählten Kandidaten, welcher abgelehnt habe, heranreiche; das jedoch müsse er bekennen, daß er mit derselben Festigkeit und Offenheit den freiheitlichen Prinzipien huldige, wie Professor Hänel. (Beifall.)

Die Grundsätze, denen die Fortschrittspartei huldige, finden in den Worten: „Gleiches Recht für Alle" ihren Ausdruck; der Wahlspruch, welchen unser Fürstenhaus auf seine Fahne geschrieben: „Suum cuique", sei auch für die Fortschrittspartei der leitende Gedanke. Im Sinne dieses Wahlspruchs habe der aufgeklärte Despotismus in Preußen im ersten Dezennium dieses Jahrhunderts den Bauernstand befreit und die Städte-Verfassung verliehen. Wie komme es nun, daß jetzt andere Grundsätze in den Regierungssphären zur Geltung gelangt sind, daß nicht gleiche Luft und gleiches Licht für alle Bevölkerungsschichten gewährt werden sollen? Es werde dies durch die Geschichte des letzten Jahrzehnts verständlich. Nachdem durch den Milliardensegen ein gewisser Uebermuth in allen Schichten der Bevölkerung hervorgerufen und die Schwindelperiode erzeugt worden war und in Folge zahlreicher schwindelhafter Unternehmungen, sowie der Ueberproduktion schwere Verluste nicht ausgeblieben waren, ertönte der Ruf nach Staatshilfe allgemein, und Wundermittel sollten den Uebelständen abhelfen, welche die Folge eigenen Verschuldens waren. Nun bildeten sich verschiedene Interessengruppen, die zwar schon früher vorhanden waren, aber nicht in der Zerklüftung und Anzahl, wie sie jetzt zu Tage traten. Derartige Interessengruppen, denen nicht das allgemeine, sondern nur das Partei-Interesse über Alles gehe, seien die der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Agrarier, der Zünftler, der Schutzzöllner 2c. Das Ueble dabei sei, daß, nachdem nun die neue Zollgesetzgebung durchgesetzt sei, die Interessengruppen sich nicht wieder dem allgemeinen Interesse zuwenden, sondern vielmehr, da sie mit dem Erreichen nicht zufrieden sind, andauernd noch Mehr für sich zu erreichen streben. Derartige Bestrebungen müßten aber immer weiter dem Abgrunde zuführen. Die Grundbesitzer in den Städten beginnen, ähnliche Ansprüche wie die auf dem Lande, zu stellen und gleiche Begünstigungen zu verlangen; ginge es nach diesen Ansprüchen, dann werde eine Beschränkung der Neubauten verlangt werden; und da hierdurch die Interessen der Ziegeleibesitzer verletzt würden, so werde sich dann eine neue Koalition der Ziegeleibesitzer bilden. (Heiterkeit.) So werde immer mehr ein Krieg Aller gegen Alle entstehen.

Die durch die verschiedenen Interessengruppen erzeugte Zerklüftung im Volke habe auf die diesmaligen Wahlen einen bedauerlichen Einfluß geübt, indem sie vornehmlich die Schuld an der Niederlage der Liberalen trage. Auf diesen Wogen des Egoismus treibe an uns eine wahre Fluth reaktionärer Gelüste heran, und wie in der Reaktionsperiode der 50er Jahre trage der der Fluth voranziehende Sturmvogel ein schwarzes Gewand; auch damals habe es geheißen: es sei nur mit dem Gesangbuche in der Hand Carriere zu machen. (Beifall.) — Das erste, worauf sich der Sturmvogel werfe, sei unsere Volksschule. Unzweifelhaft habe sich die Kirche im Mittelalter um die Volksbildung große Verdienste erworben; aber diese Zeiten seien vorbei, und wenn die Kirche auch gegenwärtig einen Einfluß auf die Volksschule verlange, so könnte sie mit demselben Rechte, wie damals, ebenso einen Einfluß auf die Armenpflege und Heilkunst beanspruchen. Die Gesetzgebung gestehe denn auch der Kirche kein Recht über die Schule zu, und das Allgemeine Landrecht spreche dies ausdrücklich aus. Wenn gegenwärtig das Hauptstreben der Orthodoxen dahin gerichtet ist, die Schulaufsicht wieder in die Hand der Geistlichen zu legen, so bestimme das Allgemeine Landrecht ausdrücklich, daß der Staat die Aufsicht über die Schule habe. Der Staat habe allerdings zu landrechtlichen Zeiten und auch später sich gern der Geistlichen zur Schulaufsicht bedient, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß dieselben das oberste Aufsichtsrecht des Staates anerkennen. Man könne nun nicht sagen, daß jeder Geistliche geeignet zum Schulaufseher sei (Beifall), und der frühere Kultusminister Falk habe daher auch einen Unterschied in der Auswahl der Schulaufseher gemacht. Daß unter den Geistlichen sich so wenige geeignete Schulaufseher befinden, rühre hauptsächlich daher, weil seit dem Mühler'schen Regiment sich immer weniger talentvolle junge Leute dem Studium der Theologie hingeben; es sei dies leicht erklärlich, wenn den Studirenden der Theologie vorgeschrieben werde, nicht über eine bestimmte Grenze des Denkens hinauszugehen (Rufe: Sehr richtig). Die neuere Richtung in der Landeskirche sei bestrebt, das Studium der jungen Theologen immer mehr innerhalb bestimmter Grenzen einzuengen, und hieran werde der bekannte Antrag des Oberkonsistorialraths Kögel, der auf der Generalsynode bekanntlich durchging, betr. die Verbindung der Staatsprüfung für die evangelischen Theologen mit der ersten theologischen Prüfung, wenig ändern. Wenn man zu dem früheren System der geistlichen Schulaufsicht zurückkehre, so würden die Volks-Schullehrer eine Erniedrigung darin erblicken, unter der Aufsicht von Personen zu stehen, die ihnen in pädagogischer Beziehung nicht immer gewachsen sind, und es würde dies dazu beitragen, daß die Anzahl der Lehrer zum Schaden der Volksschule sich wieder verminderе. — Ein weiterer Ansturm der Orthodoxen richte sich gegen die Simultanschule. Während zu Mühler'schen Zeiten jeder kleine Ort, an welchem Angehörige beider Konfessionen vorhanden waren, zwei konfessionelle Schulen besaß, von denen jede oft nur eine Klasse hatte, wurden in der Falk'schen Aera Schritte gethan, statt dieser einklassigen Schulen Simultanschulen mit mehreren aufsteigenden Stufen einzurichten, durch welche der Zweck des Unterrichts unzweifelhaft besser erreicht werden könne. Trotzdem nun das Landrecht einen gesetzlichen Anhalt zur Errichtung von Simultanschulen gebe, sei die orthodoxe Geistlichkeit doch bestrebt, die konfessionellen Schulen wieder einzuführen, und es sei bekannt, wie ihr dies neuerdings bereits in Elbing gelungen sei. Die Simultanschule verdiene aber nicht allein aus dem angegebenen Grunde, sondern auch deswegen den Vorzug vor der konfessionellen Schule, weil durch diese die Schulkinder in verschiedene Gruppen getheilt werden und dadurch frühzeitig gegenseitige Abneigung zwischen diesen Gruppen entstehe. Es sei dies ein Punkt, der gerade in der gegenwärtigen Zeit, die schon genug Zerklüftung in sich trage, nicht hoch genug anzuschlagen sei. — Die Orthodoxen haben bei ihren Bestrebungen einen mächtigen Bundesgenossen an den Hoch-Konservativen, denen es in den meisten Fällen wohl nur darauf ankomme, daß die Leute auf dem Lande in einer gewissen „Einfachheit" erhalten werden (Heiterkeit). Es werde viel Unfug getrieben mit der Verwechselung von Religion und Kirche, von denen die letztere zu der ersteren sich oft verhalte, wie der Schimmel, welcher das Brot umhüllt und dieses schließlich ganz durchdringt. Wenn die Menschheit immer mehr von dem todten Buchstabenglauben zurücklehre, dann werde der Geist und die Wahrheit uns Alle ruhig unter einem Dache zusammen wohnen lassen (Beifall). — Habe aber die Geistlichkeit die hohe Aufgabe, unter dem Volke wahre Kultur und Liebe zu verbreiten, erfüllt? Habe nicht vielmehr der Staat, weil die Geistlichkeit diese Aufgabe nicht erfüllte, den Kulturkampf gegen dieselbe beginnen müssen? Mit Erstaunen müsse man sehen, wie gegenwärtig Tausende von Menschen zu den Gnadenerscheinungen zu Marpingen und Dietrichswalde wallfahrten. Was würde Friedrich der Große zu derartigen Erscheinungen sagen, wenn er sähe, daß die von ihm ausgestreute Saat so langsam aufgehe und gedeihe, wenn er sähe, daß das von ihm gegen die Verdummung und den Aberglauben gerichtete Wort: Ecrasez l'infame! *) erst so wenig in Erfüllung gegangen ist! (Beifall). — Ein weiterer Kampf der Orthodoxie richte sich gegen die obligatorische Zivilehe, eine der besten Schöpfungen unserer Zeit, indem man gegenwärtig ein Trauformular einzuführen bestrebt sei, durch welches in dem gemeinen Manne der Glaube erweckt werde, daß erst durch die kirchliche Trauung eine vollgiltige Ehe entstehe. Ebenso strebe man dahin, daß die Wiedertrauung Geschiedener nur dann stattfinden solle, wenn die Ehe aus sogenannten biblischen Gründen geschieden worden ist. — Die Angriffe der Orthodoxen richten sich ferner gegen eine Klasse von Mitbürgern, welche mit der christlichen Kirche in keinem Zusammenhang stehen. Diese Verfolgungen seien ebenso ekelhaft als unwürdig. (Beifall.) Sie stacheln die niedrigsten Leidenschaften des Pöbels auf, der es nicht ertragen kann, daß der Fleißige, Sparsame mehr besitzt, als der Träge, Verschwenderische. Die Fortschrittspartei habe allen Anlaß, gegen diese Art von Verfolgungssucht, welche schlimmer als die mittelalterlichen Verfolgungen sei, entschieden aufzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Was die Physiognomie des nächsten Landtages betrifft, so werde dieselbe, da die Anzahl der liberalen Abgeordneten sich so bedeutend zu Gunsten der konservativen vermindert habe, eine recht trübe sein. Es werde nun voraussichtlich, wie immer, des Reichskanzlers Kunst sein, die drei Karten der Konservativen, des Zentrums und der Liberalen zu mischen und auszuspielen; es sei jedoch zu wünschen, daß derselbe die Mittel und diplomatischen Künste des auswärtigen Dienstes, mit denen er so Bedeutendes und Großes geleistet, nicht auf die inneren Verhältnisse übertrage. Es sei gerade dem Reichskanzler gegenüber doppelt nothwendig, daß eine geschlossene Opposition ihm entgegentrete, da er bei der Schnelligkeit, mit welcher er Ideen bald erfasse, bald verlasse, eines Gegengewichtes bedürfe. Dieses rasche Erfassen und Verlassen von Ideen wirke durchaus nicht heilsam; das Volk habe bisher die Landesgesetze als etwas Heiliges betrachtet; werde aber mit denselben so rasch, wie gegenwärtig gewechselt, dann gehe dem Volke der Respekt vor der Heiligkeit der Gesetze verloren. (Rufe: Sehr richtig.)

Die Stellung der Liberalen im Abgeordnetenhause werde eine sehr schwierige sein, da Zumuthungen mancherlei Art an dasselbe gestellt werden würden. Zu diesen gehöre zunächst ein Antrag auf Einführung einer zweijährigen Etatsperiode, gegen den sich die Liberalen entschieden erklären müßten, da nur die einjährige Etatsperiode die Möglichkeit gewähre, Fehler, die in dem einen Jahre in Betreff des Etats gemacht worden seien, schon in dem nächsten Jahre abzuändern. Würde der Etat auf zwei Jahre festgesetzt, so würde dadurch mindestens eine vierjährige Wahlperiode, statt der bisherigen dreijährigen, nothwendig werden, was eine Schmälerung des Rechtes der Wähler involvire. — Ferner werden an das Abgeordnetenhaus Anträge auf Verstaatlichung der Eisenbahnen herantreten, gegen welche die Liberalen aus den in der Presse zur Genüge erörterten Gründen stimmen müßten. Redner wies darauf hin, wie bedeutend der Zuschuß, welchen schon jetzt der Staat zu den Staatsbahnen zu leisten habe, durch die Verstaatlichung von noch mehr Eisenbahnen anwachsen würde; er erörterte ferner, wie bedeutend die Macht der Regierung dadurch gestärkt werde, wenn die geplante Eisenbahnpolitik zu Ende geführt werde, und wie insbesondere die Anzahl der von der Regierung abhängigen Beamten und Gewerbtreibenden dadurch vermehrt werde.

Gegenwärtig, wo für die liberalen Parteien sich eine so trübe Zukunft eröffne, thue vor Allem Einigkeit noth; denn nur Vereinigung und Eintracht mache stark, während Zerklüftung schwäche. Es sei deswegen von vielen Mitgliedern der Fortschrittspartei schon längst eine Vereinigung der nationalliberalen Partei mit der Fortschrittspartei gewünscht worden, wobei allerdings vorausgesetzt werde, daß die nationalliberale Partei diejenigen Elemente abstreife, welche nicht als liberal gelten können; und es sei zu wünschen, daß auch die nationalliberale Partei von dem gleichen Wunsche nach Vereinigung beseelt werde. Allerdings biete die nationalliberale Partei, wie sie diesmal im Abgeordnetenhause erscheinen werde, noch weniger Garantie für eine Abstreifung der nicht liberalen Elemente, als bisher. Die nationalliberale Partei habe eine Beseitigung lauer Elemente um so mehr nöthig, als sie einen Ersatz für die nicht wiedergewählten bedeutenden Mitglieder, insbesondere für Lasker, den besten ihrer Führer, nicht habe; jedenfalls sei die Freisinnigkeit der nationalliberalen Partei nicht im Aufsteigen begriffen. Trotzdem sei eine Verschmelzung beider liberalen Parteien nie aus den Augen zu verlieren; dann werde der Bund, welcher bis zum Jahre 1866 zwischen den beiden Parteien bestand, wieder aufgefrischt werden können. — Aber auch vereinzelt kämpfend dürfe die Fortschrittspartei den Muth nicht sinken lassen; sie habe einen mächtigen Bundesgenossen, mit dem sie doch endlich siegen werde, — den gesunden Menschenverstand; mit ihm und mit dem Rufe Friedrich des Großen: Ecrasez l'infame! werde sie den Kampf weiterführen. (Lebhafter Beifall.)

Eine Anfrage aus der Mitte der Versammlung wurde an den Redner nicht gerichtet, worauf der Vorsitzende, Bürgermeister Herse, dieselbe aufforderte, dem Redner ihren Dank durch Aufstehen zu erkennen zu geben, was auch geschah. Zum Schluß richtete der Vorsitzende an die Versammlung, falls sie mit der Aufstellung des Stadtraths Zelle als Kandidaten für die Abgeordnetenwahl einverstanden sei, die Aufforderung, in das von ihm auf denselben ausgebrachte Hoch mit einzustimmen. Nachdem dies geschehen war, schloß der Vorsitzende die Versammlung nach 9½ Uhr Abends.

Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 21. Oktbr. Die Fürstin Elisabeth von Rumänien ist hier angekommen und in dem großherzogl. Schlosse abgestiegen.

Wien, 21. Oktober. Das Abgeordnetenhaus wählte mit einer Majorität von 10 Stimmen die Kandidaten der Rechten in die Staatsschulden-Kontrol-Kommission. Ein Antrag auf Aufhebung des Zeitungs-Stempels wurde eingebracht. Ueber angebliche Agrar-Unruhen im Distrikte Nevesinje ist an kompetenter Stelle hier nichts bekannt. Die Gerüchte sind um so unwahrscheinlicher, als bei dem bekanntlich daselbst herrschenden Nothstande die Regierung Staatsunterstützungen den Christen wie Mohamedanern ertheilt.

London, 21. Oktober. Aus Simla wird von heute gemeldet, daß nach den letzten daselbst aus Alikhail eingegangenen Nachrichten die feindlichen Grenzstämme in Folge des Falles von Kabul sich wieder zerstreuen.

Southampton, 21. Oktober. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Main" ist hier eingetroffen.

*) Redner verwechselt hier und im Folgenden Friedrich den Großen fortwährend mit Voltaire. Ersterer kannte den Ausdruck und bezog sich auch gelegenheitlich auf ihn, eigenthümlich war derselbe ganz und gar dem zuletzt Genannten.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 21. Oktober. (Schluß-Course.) Reservirt. Lond. Wechsel 20,35. Pariser do. 80.50. Wiener do. 172,60. K.-M.-St.-A. 142¼. Rheinische do. 156⅝. Hess. Ludwigsb. 79¼. K.-M.-Pr.-Anth. 132⅝. Reichsanl. 98⅛. Reichsbank 153. Darmstb. 133¼. Meininger B. 83. Oest.-ung. Bk. 721,00. Kreditaktien*) 228. Silberrente 60. Papierrente 58⅞. Goldrente 70⅛. Ung. Goldrente 82⅞. 1860er Loose 122⅜. 1864er Loose 297,00. Ung. Staatsl. 183,00. do. Ostb.-Obl. II. 74⅛. Böhm. Westbahn 163⅞. Elisabethb. 149⅞. Nordwestb. 113⅛. Galizier 206½. Franzosen*) 227½. Lombarden*) 66⅞. Italiener —,—. 1877er Russen 88⅛. II. Orientanl. 60⅛. Zentr.-Pacific 108⅜.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 229½. Franzosen 229. Galizier —. Ungar. Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo

Frankfurt a. M., 21. Oktober. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 228½. Franzosen 227⅞. Lombarden ——. 1860er Loose —. Oesterr. Goldrente —. Ungarische Goldrente 82⅞. II. Orientanleihe $60\frac{7}{16}$. III. Orientanleihe $60\frac{1}{16}$. Fest.

Wien, 21. Oktober. (Schluß-Course.) Die Börse eröffnete schwach, verlief aber ziemlich fest, ohne nennenswerthe Veränderungen.

Papierrente 68,37½. Silberrente 69,70. Oesterr. Goldrente 81,00. Ungarische Goldrente 95,80. 1854r Loose 120,70. 1860r Loose 127,75. 1864r Loose 157,50. Kreditloose 168,20. Ungar. Prämienl. 104,80. Kreditaktien 264,60. Franzosen 264,25. Lombarden 78,00. Galizier 239,00. Kasch.-Oderb. 113,50. Pardubitzer —,—. Nordwestbahn 131,20. Elisabethbahn 172,00. Nordbahn 2297,50. Oesterreich-ungar. Bank 836,00. Türk. Loose 20,00. Unionbank 93,00. Anglo-Austr. 134,40. Wiener Bankverein 135,80. Ungar. Kredit 255,50. Deutsche Plätze 57,15. Londoner Wechsel 117,30. Pariser do. 46,35. Amsterdamer do. 96,70. Napoleons 9,35½. Dukaten 5,59. Silber 100,00. Marknoten 57,80. Russische Banknoten 1,24½.

Wien, 21. Oktober. Abendbörse. Kreditaktien 264,80. Franzosen 264,00. Galizier 239,25. Anglo-Austr. 134,40. Lombarden 77,50. Papierrente 68,45. Oesterreichische Goldrente 81,00. Ungar. Goldrente 95,97½, Marknoten 57,80, Napoleons 9,35. Nordbahn —,—. Fest.

Florenz, 21. Oktober. 5 pCt. Italienische Rente 90,15. Gold 22,95.

Paris, 21. Oktober. Anfangs ungünstig, zum Schluß besser.

3proz. amortisirb. Rente 83,25. 3proz. Rente 81,75. Anleihe de 1872 117,35. Italien. 5proz. Rente 78,80. Oesterr. Goldrente 69⅞. Ungar. Goldrente 84¼. Russen de 1877 92¼. Franzosen 573,75. Lombardische Eisenbahn-Aktien 178,75. Lombardische Prioritäten 259,00. Türken de 1865 11,45.

Credit mobilier 650, Spanier exter. 15, do. inter. $14\frac{3}{16}$, Suezkanal-Aktien 710, Banque ottomane 513, Societe generale 525, Credit foncier 1045, Egypter 241, Banque de Paris 832, III. Orientanleihe 62¼. Türkenloose 43,00, Londoner Wechsel 25,28½.

Paris, 21. Oktober. Boulevard-Verkehr. Anleihe von 1872 117,00. Italiener 78,55, ungar. Goldrente 84⅜, III. Orientanleihe $62\frac{3}{16}$. Egypter —,—. Matt.

London, 21. Oktober. Consols 97 ⁱ⁄₁₆, Italien. 5proz. Rente 77⅞, Lombarden 7, 3proz. Lombarden, alte 10⅜, 3proz. do. neue 10½. 5proz. Russen de 1871 86, 5proz. Russen de 1872 85½, 5proz. Russen de 1873 88½, 5proz. Türken de 1865 11¼, 5proz. fundirte Amerikaner 105⅜, Oesterr. Silberrente 60, do. Papierrente 59½, Ungar. Goldrente 83, Oesterr. Goldrente 69, Spanier 15⅛, Egypter 47⅞.

Silber —. Platzdiskont 1¼ pCt.

Aus der Bank flossen heute 129,000 Pfd. Sterl.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,60. Wien 11,94. Paris 25,45. Petersburg 24⅞.

Petersburg, 21. Oktober. Wechsel auf London 25⅛. II. Orient-Anleihe 90⅜.

Newyork, 20. Oktober. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 80 C. Wechsel auf Paris 5,23⅞. 5pCt. fundirte Anleihe 103⅜. 4pCt. fundirte Anleihe von 1877 102¼. Erie-Bahn 39⅜. Central-Pacific 110¼. Newyork Centralbahn 125.

Produkten-Course.

Köln, 21. Oktober. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00, fremder loco 23,75, pr. November 23,85, pr. März 24,90. Roggen loco 17,00, pr. November 16,05, pr. März 17,20. Hafer loco 13,50. Rüböl loco 29,50, pr. Oktober 29,50, Mai 30,20.

Bremen, 21. Oktober. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loko 8,05 Br., pr. November 8,10, pr. Dezember 8,15 Br., pr. Januar-März 8,25.

Pest, 21. Okt. (Produktenmarkt.) Weizen loko ruhig, Termine angen., per Oktober 14,50 Gd., 14,60 Br., per Frühjahr 15,45 Gd., 15,55 Br. Hafer per Herbst 6,50 Gd., 6,60 Br. Mais per Novbr. 7,20 Gd., 7,30 Br. — Wetter: Regen.

Marktpreise in **Breslau** am 21. Oktober 1879.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		schwere Höchster M. Pf.	schwere Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	leichte Waare Höchster M. Pf.	leichte Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	pro 100 Kilog.	22 50	22 10	21 40	20 80	20 40	19 60
Weizen, gelber		21 70	21 50	20 90	20 50	20 10	19 10
Roggen,		— —	— —	— —	— —	— —	— —
Roggen,		17 70	17 40	17 10	16 80	16 60	16 20
Gerste, neue		16 70	16 30	15 60	15 —	14 60	14 10
Hafer, alter		— —	— —	— —	— —	— —	— —
Hafer, neuer		13 60	13 40	13 —	12 80	12 60	12 20
Erbsen		18 —	17 30	16 20	15 80	15 —	14 10

Pro 100 Kilogramm	fein		mittel		ordinäre	
Raps	22	50	21	25	19	50
Rübsen, Winterfrucht	21	50	20	—	18	—
Rübsen, Sommerfrucht	22	—	19	50	16	50
Dotter	21	—	19	—	16	—
Schlagleinsaat	25	50	23	50	20	—
Hanfsaat	17	—	16	—	14	—

Kleesamen mehr Kauflust, rother ruhig, per 50 Kilogramm 28—33—38—41 M., weißer unveränd. 40—48—55—60 M., hochfeiner über Notiz bez. Rapskuchen ohne Aenderung per 50 Kilogr. 6,40—6,60 M. fremde 6—6,30 M. — Leinkuchen ohne Aenderung, per 50 Kg. 9,70 bis 9,90 M., fremde —,— Mark. Thymothee ruhig, per 50 Kilogr. 12,50—14—17—19,50 M. Lupinen unverändert, per 100 Kilogr. gelbe 7—7,30—8,00, blaue 7—7,30—8,00 Mark. Heu, per 50 Kilogr. 2,40 bis 2,70 M. Stroh, per Schock 600 Kilogr. 19,00—21,00 M. Kartoffeln, per Sack (2 Neuscheffel a 75 Pfd. Brutto = 150 Klgr.) beste 4,00—5,00 M. geringere 2,50—3,00 M., per Neuscheffel (75 Pfd. Brutto) beste 2,00—2,50 M., geringere 1,25—1,50 M. per 2 Liter 0,12—15 M. Mehl gut behauptet, per 100 Klg. Weizen fein 33,50—34,00 M. Roggen fein 28,50—29,50 M. Hausbacken 27,00—28,00 M., Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 M. Weizenkleie 8,20—8,50 M.

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Oktober. Weizen pr. 1000 Kilo loko 205—280 M. nach Qualität gef. Gering gelber Märk. — M. ab Kahn bezahlt. Regulirungspreis f. d. Kündigung 235 M. Gekündigt 2000 Ctr. Per Oktober 234½—236 bez., per Oktbr.-Nov. 234½—236 bez., per Novbr.-Dezbr. 234½—236 bez., per Dezember-Januar — bez., per Januar-Februar — bez., per April-Mai 244—241½—243 bez., per Mai-Juni 246—247 bezahlt. — Roggen per 1000 Kilo loko 155 bis 176 M. nach Qualität gef. Feiner Russ. — a. K. bez. Inländ. — M. a. B. bez. Russischer 156 bis 157½ M. ab Kahn bezahlt. Regulirungspreis f. d. Kündigung 157 M. bezahlt. Gekündigt 12,000 Ctr. Per Oktober 157½—156½—157½ bez., per Oktbr.-Nov. 157½—156½—157½ bezahlt, per November-Dezember 158½—157—158½ bez. per Dezbr.-Jan. 161—160½ bez. G., 161½ Br., per Januar-Februar 163—163½ bez., per April-Mai 168½—167½—168½ bezahlt, per Mai-Juni — bezahlt. — Gerste per 1000 Kilo loko 140—200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 133—153 nach Qualität gefordert. Russischer 134—141 bez., Pommerscher 137—145 bez., Ost- u. Westpreußischer 136—146 bez., Schlesischer 135—145 bez., Böhmischer 140—148 bezahlt, Galizischer — bez. Gekündigt 3000 Ctr. — Regulirungspreis 137 bezahlt. Per Oktober 139 bezahlt, per Oktober-November 139 M., per November-Dezember 139 M., per April-Mai 150½—152 bez. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 171—200 M., Futterwaare 160—170 M. — Mais per 1000 Kilo loko 142—147 bez. nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bezahlt, Amerikanischer — f. W. bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 33,00 bis 30,50 M., 0: 30,50—29,50 M., 0|1: 29,50—27,50 M. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 23,75—22,50 M., 0|1: 20,50—21,50 M., per Oktober 22,60—22,50—22,60 bez., per Okt.-Nov. 22,60—22,50—22,60 bez. Nov.-Dezbr. 22,60—22,50—22,60 bez., Dez.-Januar 22,85—22,75—22,90 bez., Januar-Februar 23,20 bezahlt, per April-Mai 23,90 bezahlt. — Gekündigt 1000 Ctr. Regulirungspreis für die Kündigung 22,50 bezahlt. — Oelsaat per 1000 Kilo Winter-Raps 210—235 Mark S.|O. — bz., N.|D. —,— bz., Winter-Rübsen 205—228 M. S.|O. — bz., N.|D. — bz. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 54,1 M., flüssig — M., mit Faß — M., per Oktober 54,4—54,3 bezahlt, per Oktober-November 54,4—54,3 bez., per November-Dezember 54,4 bis 54,3 bez., per Dezember — bz., per Jan.-Febr. — bez., per April-Mai 56,8—56,6—56,8 bezahlt, per Mai-Juni 57,1 bezahlt. Gekündigt — Centner. — Regulirungspreis für die Kündigung — bez., gestern — bz. — Leinöl per 100 Kilo loko 60,5 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 25,0 Mark, per Oktober 24,4—24,7 Mark bez., per Oktober-November 24,4—24,7 Mark bez., per November-Dezember 24,4—24,7 Mark bez., per Dezember-Januar 25,1 Mark, per Januar-Februar 25,9 Mark bezahlt. Gekündigt — Ctr. Regulirungspreis für die Kündigung — bez. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 57,0 bez., per Oktbr. 56,8—56,5—57,00 bez., per Oktober-November 56,8—56,5—57,0 bezahlt, per November-Dezember 56,9 bis 56,8—57,2 bezahlt, per Dezember-Januar — bezahlt, per April-Mai 59,5—59—59,8 bezahlt, per Mai-Juni 59,7—59,3—60,0 M. bezahlt. Gekündigt 80,000 Liter. Regulirungspreis für die Kündigung 56,8 bezahlt. (B. B.-Z.)

Stettin, 21. Oktober. (An der Börse.) Wetter: Bewölkt. Temp. + 7° R. Barometer 27. Wind: W. Weizen fester, per 1000 Kilo loko gelber inländ. 215—228 M., weißer 218 bis 233 M., per Oktober 231 M. bez., per Oktober-November 230 M. bez., per Frühjahr 239 bis 241—240 M. bez. — Roggen fest, per 1000 Kilo loko inländischer 156 bis 162 M., Russischer 148 bis 153 M., per Oktober 152,5 M. bez., 152 M. Br., per Oktober-November 149,5—151 M. bez., per November-Dezember 149 M. bez., 150 M. Gd., per Frühjahr 159,5—161—160,5 M. bez. — Gerste unverändert, per 1000 Kilo loko Brau- 154—160 M., Futter-132 bis 140 M., Chevalier 172 bis 176 M. — Hafer still, per 1000 Kilo loko inländ. 132 bis 138 M., Russischer 122—130 M. — Erbsen stille, per 1000 Kilo loko Futter- 142—148 M. — Winterrübsen unverändert, per 1000 Kilo loko 220 bis 238 Mark, per per April-Mai 255 M. Gd. — Winterraps per 1000 Kilo loko 220—243 Mk. — Rüböl matt, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 55,5 M. Br., per Oktober 55 M. Br., per Oktober-Novbr. 54,5 M. Br., per April-Mai 56 M. Gd., 56,5 Br. — Spiritus fester, per 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 56—56,2 M. bez., per Oktober, Oktober-November und November-Dezember 54,8—55,4 M. bez., per Dezember-Januar 55,5 M. bez., per Frühjahr 58—58,4 M. bez., per Mai-Juni 58,7—59 M. bez. — Angemeldet: 2000 Ztr. Weizen, 3000 Ztr. Roggen, 200 Ztr. Rüböl. Regulirungs-Preise: Weizen 231 M., Roggen 152,5 M., Rüböl 55 M., Spiritus 55,1 M. — Petroleum loko 11,75 M. verst. bez., Regulirungspreis 8 M. tr. (Ostsee-Ztg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Ostsee.	Thermometer.	Wind.	Wolkenform.
21. Okt.	Nachm. 2	27" 3'''48	+ 7°4	W 3	trübe schw. Regen.
21. "	Abnds. 10	27" 5'''08	+ 4°7	W 3	bedeckt Regen[1])
22. "	Morgs. 6	27" 7'''18	+ 2°8	W 2	trübe St Ni.

[1]) Regenmenge 2,0 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.

Berlin, 21. Oktober. Die Meldungen aus Paris hatten matt gelautet; die pariser Börse beginnt immer mehr selbst ihren Besorgnissen in Bezug auf die Fluth neuer Gründungen Ausdruck zu geben und setzt die Kurse sämmtlicher Werthe herab. Auch die wiener Börse hatte schwache Anfangsnotirungen gesandt; jedoch litten hierselbst nur Franzosen stärker, weil dieselben in Paris billiger abgegeben waren. Im übrigen ward hier die Haltung mit Vorliebe als fest bezeichnet und immer wieder darauf hingewiesen, daß die Ultimo-Regulirung sich jedenfalls nicht leicht vollziehen müsse, weil schon in der Vorwoche viele Engagements abgewickelt seien und jetzt alle Lust fehle, neue einzugehen. Auch heute hielt sich der geschäftliche Verkehr in sehr engen Grenzen; selbst die leitenden Papiere wurden nur in kleinen Beträgen umgesetzt, und nur einzelne Papiere von der Spekulation getrieben. Kreditaktien traten zurück; russische Anleihen und fremde Renten lagen mit Rücksicht auf die pariser Meldungen matt, auch österreichische Loose vom Jahre 1860 schwach. Rumänier stellten sich eine Kleinigkeit niedriger, Rheinische blieben beliebt, Köln-Mindener behauptet. Laurahütte und Diskonto-Kommandit-Antheile lagen still. Dagegen fanden Oberlausitzer und Halle-Sorau-Gubener Stamm-Prioritäten, Spritbank Wrede und deutsche Effektenbank gute Beachtung. Andere gegen baar gehandelte Aktien fanden nur vereinzelt Beachtung; Bergwerkspapiere waren bevorzugt. Anlagewerthe schwach behauptet, ausländische Eisenbahn-Obligationen waren in schwacher, aber regelmäßiger Frage. Die zweite Stunde verlief recht fest, aber still; wiederum waren Industriepapiere bevorzugt und vereinzelt stark steigend. Per Ultimo notirte man: Franzosen 457—5,50, Lombarden 135,50—5, Kreditaktien 458 bis 9 bis 457,50, Diskonto-Kommandit-Antheile 165,75—5,60—6,40 bis 165,75. Potsdamer zogen 0,60 an, Hamburger 0,90. Der Schluß war schwach.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 21. Oktober 1879.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	104,80 bz G
do. neue 1876	4	97,00 bz B
Staats-Anleihe	4	97,40 B
Staats-Schuldsch.	3½	96,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,80 bz
do. do.	3½	92,00 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	102,60 bz G
do.	5	106,90 bz
Landsch. Central	4	97,20 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	91,00 bz
do. neue	3½	88,00 G
do.	4	96,90 bz G
do. neue	4½	
N. Brandbg. Cred.	4	
Ostpreußische	3½	87,00 bz
do.	4	96,40 bz bz
do.	4½	102,50 bz
Pommersche	3½	83,75 bz
do.	4	97,10 bz
do.	4½	102,50 bz
Posensche, neue	4	97,40 G
Sächsische	4	
Schlesische	3½	
do. alte A. u. C.	4½	
do. neue A. u. C.	4	
Westpr. rittersch.	3½	87,00 G
do.	4	96,60 B
do.	4½	101,80 G
do. II. Serie	5	
do. neue	4	
do.	4½	101,80 G
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	98,70 bz
Pommersche	4	99,00 bz
Posensche	4	98,60 G
Preußische	4	98,60 G
Rhein- u. Westfäl.	4	99,00 B
Sächsische	4	98,90 bz
Schlesische	4	99,50 B
Souvereignes		20,29 bz
20-Franksstücke		16,14.5 bz
do. 500 Gr.		
Dollars		4,21 G
Imperials		16,67 G
do. 500 Gr.		
Fremde Banknoten		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		80,50 bz
Oesterr. Banknot.		173,00 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl.		215,40 bz

Deutsche Fonds.

P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	145,60 G
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	267,50 bz G
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	132,00 bz G
do. 35 fl. Obligat.	—	172,25 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	132,60 G
Braunschw. 20thl.-L	—	90,10 bz
Brem. Anl. v. 1874	4½	
Cöln.-Md.-Pr.Anl.	3½	132,50 bz
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	127,00 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	113,90 bz
do. II. Abth.	5	111,30 bz B
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	186,00 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	183,50 B
Mecklenb. Eisenbsch.	3½	89,40 bz
Meininger Loose	—	25,20 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	118,60 bz
Oldenburger Loose	3	151,10 G
D.-G.-C.-B.-Pf 110	5	104,00 B
do. do.	4½	98,00 G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	101,50 bz G
do. do.	4½	98,80 bz G
Mein. Hyp.-Pf.	5	101,60 B
Nrdd. Grder.-H.-A.	5	96,00 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	94,30 bz G

Pomm. H.-B. I. 120	5	101,25 G
do. II. IV. 110	5	98,50 B
Pomm. III. rkz. 100	5	97,00 bz
Pr. B.-C.-H.-Br. rz.	5	101,50 G
do. do. 100	5	97,00 bz
do. do. 115	4½	99,25 G
Pr. C.-B.-Pfdbr. kd.	4½	101,75 G
do. unk. rückz. 110	5	109,50 G
do. (1872 u. 74)	4½	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	100,25 bz G
do. do. 110	5	102,50 bz G
Schles. Bod.-Cred.	5	102,75 bz G
do. do.	4½	100,10 G
Stettiner Nat.Hyp.	5	100,00 bz G
do. do.	4½	97,00 bz G
Kruppsche Obligat.	5	110,00 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	101,80 G
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	101,10 bz G
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	114,00 G
Oesterr. Goldrente	4	70,00 bz B
do. Pap.-Rente	4½	58,75 bz G
do. Silber-Rente	4½	60,20 B
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	321,40 B
do. Lott.-A. v. 1860	5	122,75 bz B
do. do. v. 1864	—	295,00 G
Ungar. Goldrente	6	82,90-83 bz
do. St.-Eisb.Akt.	5	
do. Loose	—	182,80 bz
do. Schatzsch. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Italienische Rente	5	
do. Tab.-Oblg.	6	102,00 bz
Rumänier	8	105,60 bz
Finnische Loose	—	46,10 bz
Russ. Centr.-Bod.	5	77,70 bz
do Engl. A. 1822	5	86,70 G
do. do. A. v. 1862	5	86,80 G
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	87,50 bz
do. do. 1872	5	87,50 B
do. do. 1873	5	
do. do. 1877	5	88,80 bz
do. Boden-Credit	5	77,30 bz bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	151,40 bz B
do. do. v. 1866	5	149,90 bz B
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	84,90 bz
do. Pol. Sch.-Obl.	4	85,40 bz
do. do. kleine	4	85,40 bz
Poln. Pfdbr. III. E.	5	63,70 bz
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	56,70 bz
Türk. Anl. v. 1865	5	11,20 G
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	35,50 bz B

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	168,40 bz
do. 100 fl. 2 M.	167,60 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,34 bz
do. do. 3 M.	20,25.5 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	80,45 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 3 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	172,80 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	171,75 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	214,40 bz
do. 100 R. 3 M.	211,40 bz
Warschau 100 R 8 T.	214,90 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4½, für Lombard 5½ pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3½, Frankfurt a. M. 4, Hamburg —, Leipzig —, London 2, Paris 2, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	104,75 G
Bk.f.Rheinl.u.Westf	4	32,50 bz
Bk.f.Sprit-u.Pr.-H.	4	55,00 bz G
Berl. Handels-Ges.	4	71,60 bz G
do. Kassen-Verein.	4	159,50 bz G
Breslauer Disk.-Bk.	4	85,90 bz G
Centralbk. f. B.	4	7,25 bz B
Centralbk. f. J. u. H.		59,00 G
Coburger Credit-B.	4	77,60 bz
Cöln. Wechslerbank	4	90,75 G
Danziger Privatb.	4	105,10 G
Darmstädter Bank	4	133,60 bz G
do. Zettelbank	4	103,00 G
Dessauer Creditb.	4	72,00 B
do. Landesbank	4	121,75 bz
Deutsche Bank	4	126,90 bz
do. Genossensch.	4	105,00 B
do. Hyp.-Bank.	4	87,00 B
do. Reichsbank.	4½	
Disconto-Comm.	4	165,90 bz
Geraer Bank	4	87,50 G
do. Handelsb.	4	40,75 B
Gothaer Privatbk.	4	95,50 bz B
do. Grundkredb.	4	87,90 bz
Hypothek (Hübner)	4	84,00 G
Königsb. Vereinsb.	4	91,25 B
Leipziger Creditb.	4	138,00 bz G
do. Discontob.	4	78,00 B
Magdeb. Privatb.	4	112,00 G
Mecklb. Bodencred.	fr.	57,30 bz G
do. Hypoth.-B.	4	67,75 B
Meining. Creditbk.	4	82,50 bz G
do. Hypothekenbk.	4	89,50 B
Niederlausitzer Bank	4	90,50 bz
Norddeutsche Bank	4	147,75 bz G
Nordd. Grundkredit	4	37,25 bz G
Oesterr. Kredit	4	
Posener Spritaktien	4	41,60 bz G
Petersb. Intern.Bk.	4	94,75 B
Posen. Landwirthsch	4	
Posener Prov.-Bank	4	107,00 bz G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	60,60 bz B
do. Zentralbdn.	4	126,75 bz G
do. Hyp.-Spielh.	4	111,90 bz
Produkt.-Handelsbk	4	78,00 bz G
Sächsische Bank	4	111,40 B
Schaaffhaus. Bankv.	4	83,75 bz B
Schles. Bankverein	4	98,25 bz G
Südd. Bodenkredit	4	122,00 bz G

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	116,50 bz
Dannenb. Kattun.	4	21,00 B
Deutsche Baugef.	4	
Dtsch. Eisenb.-Bau.	4	6,00 G
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	47,50 bz B
Dortmunder Union	4	14,90 bz B
Egell. Masch.-Akt.	4	26,50 bz G
Erdmannsd. Spinn.	4	22,50 bz G
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	49,00 bz
Gelsenkirch.-Bergw.	4	110,90 bz G
Georg-Marienhütte	4	74,75 G
Hibernia u. Shamr.	4	62,75 bz G
Immobilien (Berl.)	4	74,50 G
Kramsta, Leinen-F.	4	78,75 G
Lauchhammer	4	31,75 bz G
Laurahütte	4	89,00 bz B
Luise Tiefb.-Bergw.	4	53,40 bz G
Magdeburg. Bergw.	4	116,50 bz B
Marienhüt. Bergw.	4	67,00 bz G
Menden u. Schw. B.	4	71,90 bz G
Oberschl. Eis.-Bed.	4	46,00 bz G
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	71,90 bz G
Phönix B.-A. Lit. B.	4	50,00 bz G
Redenhütte	4	142,25 bz G
Rhein.-Nass. Bergw.	4	77,00 bz G
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	16,75 G
Unter den Linden	4	6,40 G
Wöhlert Maschinen	4	14,40 bz G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	17,20 bz G
Altona-Kiel	4	131,75 bz
Bergisch-Märkische	4	91,60 bz
Berlin-Anhalt	4	97,25 bz
Berlin-Dresden	4	12,00 bzG
Berlin-Görlitz	4	16,70 bz
Berlin-Hamburg	4	174,90 bz
Brl.-Potsd.-Magd.	4	92,60 bzG
Berlin-Stettin	4	109,40 bz
Bresl.-Schw.-Frbg.	4	86,00 bzB
Cöln-Minden	4	141,90 bz
do. Lit. B.		
Halle-Sorau-Guben	4	14,90 bz
Hann.-Altenbeken	4	13,30 bzG
do. II. Serie		
Märkisch-Posener	4	22,90 bz
Magd.-Halberstadt	4	141,40 bz
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Münster-Hamm	4	
Niederschl.-Märk.	4	97,75 G
Nordhausen-Erfurt	4	20,40 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	163,90 bz
do. Lit. B.	3½	141,90 bzB
do. Lit. C.	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	53,50 bzG
Rechte Oderuferb.	4	130,60 bz
Rheinische	4	146,90 bzG
do. Lit. B. v. St gar.	4	97,25 bz
Rhein-Nahebahn	4	10,50 G
Stargard-Posen	4½	102,00 G
Thüringische	4	141,50 bz
do. Lit. B. v. St. gar.	4	95,25 bzB
do. Lit. C. v. St gar.	4½	103,00 G
Weimar-Geraer	4½	45,10 bz
Albrechtsbahn	5	18,25 G
Amsterd.-Rotterd.	4	122,90 bz
Aussig-Teplitz	4	167,50 G
Böhm. Westbahn	5	82,20 bzB
Brest-Grajewo	4	48,00 bz
Brest-Kiew	4	
Dux-Bodenbach	4	32,00 bz B
Elisabeth-Westbahn	5	74,70 bz
Kais. Franz Joseph	5	64,50 bz
Gal. (Karl Ludwig.)	5	103,75 bz
Gotthard-Bahn	6	42,00 bzB
Kaschau-Oderberg	5	49,00 bzG
Ludwigsb.-Bexbach	4	189,70 bz
Lüttich-Limburg	4	14,80 G
Mainz-Ludwigsh.	4	79,50 bzG
Oberhess. v. St. gar.	—	
Oestr.-frz. Staatsb.	5	
do. Nordw.-B.	5	225,50 bz
do. Litt. B.	5	111,25 bz
Reichenb.-Pardubitz	4½	43,70 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	58,90 bz
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	4	40,70 bz
Russ. Staatsbahn	5	132,25 bzG
Schweizer Unionb.	4	15,50 bzB
Schweizer Westbahn	4	15,90 bzB
Südösterr. (Lomb.)	4	135,50 bzB
Turnau-Prag	4	40,90 bzG
Vorarlberger	5	62,50 G
Warschau-Wien	4	243,50 bzG
Rechte Oderuf. Bahn	5	130,20 bz G
Rumänische	8	98,50 bz G
Saalbahn	3	
Saal-Unstrutbahn	5	
Tilsit-Insterburg	5	83,75 bz
Weimar-Geraer	5	

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Altenburg-Zeitz	5	
Berlin-Dresden	5	28,75 bz G
Berlin-Görlitzer	5	59,25 bz G
Breslau-Warschau	4	
Halle-Sorau-Gub.	5	60,50 bz G
Hannover-Altenbek.	5	29,60 bz G
do. II. Serie	5	
Leipz.-Gaschw.-Ms.	5	
Märkisch-Posen	5	95,25 bz G
Magd.-Halberst. B.	3½	85,00 bz
do. do. C.	5	115,50 bz G
Marienb.-Mlawka	5	85,00 G
Nordhausen-Erfurt	5	77,25 bz G
Oberlausitzer	5	
Ostpreuß. Südbahn	5	94,75 bz G
Posen-Creuzburg	5	62,00 bz G

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Ach.-Mastricht	4½	98,00 bzB
do. do. II.	5	101,00 G
do. do. III.	5	101 B
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	4½	
do. III. v. St. g.	3½	88,70 B
do. do. Litt. B.	3½	88,70 B
do. do. Litt. C.	3½	84,75 B
do. IV.	4½	101,40 bz
do. V.	4½	101,40 bz
do. VI.	4½	101,50 G
do. VII.	4½	101,30 B
Aachen-Düsseldf. I.	4	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	
do. do. II.	4½	
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II.	4½	
do. Nordb. Fr. W.	5	101,60 G
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	
Berlin-Anhalt	4	
do.	4½	
do. Litt. B.	4½	101,50 bz
Berlin-Görlitz	5	101,25 G
do. do. Litt. B.	4½	97,75 B
Berlin-Hamburg	4	
do. do. II.	4	
do. do. III.	5	101,75 bzG
Brl.-Ptsd.-M.A.B.	4	
do. do. C.	4	97,50 G
do. do. D.	4½	101,40 B
do. do. F.	4½	101,30 B
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	97,50 G
do. do. III.	4	97,50 G
do. IV. v. St. g.	4½	103,25 bzG
do. VI. do.	4	97,00 B
do. VII.	4½	101,75 bz
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	100,50 B
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H.	4½	100,10 bz
do. do. Litt. I.	4½	100,10 bz
do. do. 1876	5	103,40 bzG
Cöln-Minden IV.	4	97,00 G
do. do. V.	4	97 B
do. do. VI.	4½	101,50 B
Halle-Sorau-Guben	4½	102,90 B
do. do. C.	4½	102,60 G
Hannov.-Altenbk. I.	4½	100,20 bz
do. do. II.	4½	99,90 bz
do. do. III.	4½	100,50 bz
Märkisch-Posener	4½	101,00 B
Magd.-Halberstadt	4½	101,75 G
do. do. de 1865	4½	101,60 B
do. do. de 1873	4½	101,10 G
do. Leipz. A.	4½	103,10 G
do. do. B.	4	96,00 B
do. Wittenberge	4½	100,50 B
do. do.	3	83,25 G
Niederschl.-Märk. I.	4	
do. II. a 62½ thlr.	4	
do. Obl. I. u. II.	4	98,75 B
do. do. III conv.	4	98,00 B
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	98,50 G
do. D.	4	96,50 G
do. E.	3½	89,25 G
do. F.	4½	102,10 G
do. G.	4½	101,75 G
do. H.	4½	102,50 B
do. v. 1869	4½	101,60 G
do. v. 1873	4	96,25 B
Oberschles. v. 1874	4½	
do. Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	101,60 G
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Rechte-Oder-Ufer	4½	101,60 G
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	102,00 B
do. v. 1862, 64	4½	102,00 B
do. v. 1865	4½	102,00 B
do. 1869, 71, 73	4½	101,60 G
do. v. 1874, 77	5	102,20 bz
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	103,00 bz
do. II. do.	4½	103,00 bz
Schlesw.-Holstein	4½	
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III.	4	
do. IV.	4½	102,00 G
do. V.	4½	102,00 G

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	80,30 bzB
Gal. Karl-Ludwig I.	5	88,90 bzB
do. do. II.	5	87,40 G
do. do. III.	5	86,90 G
do. do. IV.	5	86,90 G
Lemberg-Czernow. I.	5	72,30 G
do. II.	5	74,70 bz
do. III.	5	68,70 bz
do. IV.	5	66,10 bzB
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	24,50 bzG
Mainz-Ludwigsb.	5½	
do. do.	3	
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	362,60 G
do. Ergänzsb.	3	351,75 B
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	102,80 G
do. II. Em.	5	102,80 G
Oesterr. Nordwest.	5	83,20 bzB
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	78,20 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kronpr. Rud.-Bahn	5	74,70 bzG
do. do. 1869	5	74,60 bz
do. do. 1872	5	74,25 G
Rab-Graz Pr.-A.	4	84,00 bzB
Reichenb.-Pardubitz	5	72,20 bzG
Südösterr. (Lomb.)	3	257,00 bz
do. do. neue	3	256,60 G
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	87,90 B
Brest-Grajewo	5	85,50 bz
Charkow-Asow g.	5	92,00 G
do. in Lstr. a 20 40	5	
Chark.-Krementsch.	5	90,00 bz
Jelez-Orel, gar.	5	90,90 bz
Koslow-Woron. gar	5	95,10 G
Koslow-Woron. Ob.	5	80,00 bzG
Kursk-Chark. gar.	5	92,20 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	82,25 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	97,10 bz
Losowo-Sewast	5	80,80 bz
Mosko-Rjäsan	5	101,50 bz
Mosk.-Smolensk	5	92,90 bz
Schuja-Iwanow.	5	91,90 G
Warschau-Teresp.	5	93,75 bz
do. kleine	5	94,50 G
Warschau-Wien II.	5	100,10 bz G
do. III.	5	99,75 G
do. IV.	5	96,50 bzG
Zarskoe-Selo	5	73,50 bz

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.